



AL/SG:	SG 61 - Kommunale Abfallwirtschaft
Aktenzeichen:	1761-8/4

Aichach, den 12.09.2025

Sitzungsvorlage

Drucksache:	61/091/2025	- öffentlich -
-------------	-------------	----------------

Beratungsfolge	Termin	Bemerkungen
Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie	13.10.2025	

Betreff:

Halbjahresbericht 2025 des Regiebetriebes Kommunale Abfallwirtschaft

Anlagen

Hinweis auf frühere Beratungen und Beschlüsse:

Finanzielle Auswirkungen:

1. Gesamtkosten:	<input type="checkbox"/> Mittel stehen zur Verfügung	<input type="checkbox"/> Verwaltungshaushalt
	<input type="checkbox"/> Mittel stehen nicht zur Verfügung	<input type="checkbox"/> Vermögenshaushalt
2. Deckungsvorschlag:		
3. Folgekosten:		
	<input type="checkbox"/> Personalkosten:	
	<input type="checkbox"/> Sach- und Unterhaltskosten:	
	<input type="checkbox"/> Finanzierungskosten:	
	<input type="checkbox"/> Sonstiges:	

Sachverhalt:

Nachfolgend wird der halbjährliche Zwischenbericht über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen des Regiebetriebes Kommunale Abfallwirtschaft für das 1. Halbjahr 2025 vorgelegt (§ 19 EBV in Verbindung mit § 3 Abs. 2 Satz 2 der Satzung des Landkreises über die Anwendung bestimmter für Eigenbetriebe geltender Vorschriften in der kommunalen Abfallwirtschaft).

Der Zwischenbericht ist entsprechend der Gliederung des Wirtschaftsplanes in eine Gesamtübersicht und in die bestehenden Teilbereiche der gewerblichen Betätigung (Sammlung der Verkaufsverpackungen) und der hoheitlichen Aufgabe (Hausmüllentsorgung) aufgeteilt.

1.1 Gesamtübersicht

Folgende Feststellungen lassen sich für den Erfolgsplan insgesamt treffen:

Erträge, Umsatzerlöse

In der Gesamtbetrachtung kann festgestellt werden, dass die Umsatzerlöse im erwarteten Umfang eingingen. Die Hausmüllgebühren, die den größten Anteil an den Einnahmen stellen, gingen zum Halbjahr in einer Höhe von 3.843.018 EUR bzw. einem Anteil von 50,43 % der kalkulierten Jahressumme ein. Die gesamten Gebühreneinnahmen im ersten Halbjahr betragen 4.505.000 EUR (51,32 % des Jahresansatzes). Hier liegen vor allem die Fraktionen Bauschutt Rigips/Ytong und Grüngut gemischt mit Anteilen von etwa 30 bzw. 40 % hinter den geplanten Umsatzerlösen.

Die Verwertungserlöse der erfassten Wertstoffe Altpapier, Elektroschrott, Altholz, Metallschrott, Hartplastik und Batterien liegen mit 701.915 EUR bereits deutlich über dem geplanten Jahresansatz von 424.000,00 EUR.

Insbesondere aus dem Verkauf von Papier wurden bei einem Ansatz von insgesamt 224.000 EUR zur Jahresmitte bereits Erlöse in einem Umfang von 499.249 EUR erzielt. Dies entspricht rd. 223 % des Ansatzes. Im gewerblichen Bereich wurden Papiererlöse in Höhe von 109.834 EUR bei einem Ansatz von 49.000 EUR erzielt. Dieselbe positive Feststellung gilt dementsprechend auch für die Papiererlöse im hoheitlichen Teilbereich. Einem Ansatz von 175.000 EUR stehen dort Erlöse von 389.414 EUR gegenüber. Der Grund für diese höheren Einnahmen liegt an den weiterhin hohen Vermarktungserlösen. Die durchschnittlichen Erlöse für Papier betragen im ersten Halbjahr 175,17 EUR/t. Dieser Wert ist Vergleich zum Vorjahr überraschend um 20,41 EUR/t (Halbjahresdurchschnitt 2024: 154,76 EUR/t) angestiegen und liegt deutlich über dem mehrjährigen Mittelwert, welcher von uns als Ansatz im Wirtschaftsplan herangezogen wurde. Tendenziell lässt sich aktuell ein leichter Abstieg der Papierpreise erkennen. So lag der Preis im Sommer des vergangenen Jahres bei rd. 200 EUR/t. Aktuell beträgt dieser 180,59 EUR/t. Nach derzeitiger Experteneinschätzung ist mit einem weiteren Rückgang der Papierpreise im Laufe des Jahres zu rechnen.

Aus dem Verkauf von Metallschrott wurden 119.898 EUR Erlöst. Das entspricht rd. 80 % des Planansatzes von 150.000 EUR. Die Halbjahreserlöse im Metallschrottbereich liegen daher deutlich über der Hälfte des Jahresansatzes. Der durchschnittliche Erlös 2025 liegt zur Jahreshälfte bei 289,58 EUR/t. Dieser ist deutlich geringer als der Halbjahreswert von 2024 mit 327,92 EUR/t. Die erfasste Menge liegt mit knapp 414 t deutlich unter dem Halbjahreswert des Vorjahres (1. Halbjahr Vorjahr: 654 t).

Aus der Vermarktung der gesammelten E-Schrott-Geräte der Gruppe 4 (Haushaltsgroßgeräte) konnten im ersten Halbjahr insgesamt 36.363 EUR Erlöst werden. Damit liegt der Wert deutlich über den Halbjahreseinnahmen des Vorjahres (3.694 EUR) und übersteigt bereits zum Halbjahr den Jahresansatz von 14.000 EUR.

Diese positive Entwicklung liegt in erster Linie an den verbesserten Erlöskonditionen des ab 01.07.2024 gültigen Vertrages über die Entsorgung und Verwertung von Elektrogroßgeräten. Die

durchschnittlichen Erlöse lagen im ersten Halbjahr 2025 lt. EUWID bei 17,50 EUR/t. Im Vorjahr lagen diese bei durchschnittlich 15,00 EUR/t. Entscheidender Faktor für den deutlichen Erlösanstieg ist ein vom Entsorger an uns gezahlter EUWID-Aufschlagspreis.

Wenn man den Erlösen nun den Logistik-Aufwand in Höhe von 32.922 EUR gegenüberstellt, ist die Erfassung unter wirtschaftlichen Aspekten rentabel. Sollte sich diese Situation zukünftig ändern, können wir, nach Ablauf unserer Optierung, voraussichtlich auf die kostenneutrale Sammlung des Elektroaltgeräteregisters (ear) umstellen.

Aus der Vermarktung der gesammelten E-Schrott-Geräte der Gruppe 5 (Haushaltskleingeräte) konnten 8.986 EUR Erlöst werden, dies entspricht 50 % des Ansatzes in Höhe von 18.000 EUR. Für Haushaltskleingeräte ist die Entsorgung aktuell mit 2,50 EUR kostenpflichtig. Da wir über unseren Verwertungspartner allerdings noch einen kleinen Aufschlag erhalten, können für diese Geräte aktuell dennoch geringfügige Erlöse erzielt werden. Wenn man den Logistikaufwand von 17.599 EUR den Erlösen von 8.986 EUR entgegenstellt, muss man feststellen, dass hier der Erfassungsaufwand höher als die Erlöse sind.

Unter Haushaltskleingeräte fallen alle Elektrogeräte mit einer Kantenlänge von bis zu 50 cm. Da diese Geräte häufiger in den privaten Haushalten vorkommen, sollte unabhängig von der wirtschaftlichen Betrachtung, eine flächendeckende Sammlung aufrechterhalten bleiben. Andernfalls besteht die Gefahr, dass viele dieser Geräte in unzulässiger Weise über die Restmülltonnen entsorgt werden. Es besteht daher die Absicht, unabhängig von der Sammlung über das Elektroaltgeräteregister (ear), weiterhin Container durch den Landkreis zur Verfügung zu stellen. Eine entsprechende Optierungsoption gegenüber der ear –Stiftung wurde gezogen. Die erfasste Menge ist mit 225,62 t etwas geringer als die Menge des Vorjahres (251,1 t).

Zum 01.01.2022 wurde die Rechtsverordnung des Landkreises Aichach-Friedberg zur Übertragung von Aufgaben der Abfallbeseitigung an die Gemeinden des Landkreises Aichach-Friedberg vom 01.05.1981 aufgehoben. Im Zuge dieser Aufhebung wurden die Fraktionen „Grüngut holzig“, „Grüngut gemischt“, „Altholz A IV“ sowie „Bauschutt Rigips/Ytong“ und „Bauschutt gemischt“ neu an den Wertstoffhöfen aufgenommen.

Da sich die zunächst geschätzten hohen Anliefermengen in den Vorjahren nicht bewahrheitet haben, wurden die Ansätze im Wirtschaftsplan 2025 deutlich nach unten korrigiert.

So konnten bei einem geplanten Erlöswert von 220.000 EUR für die neuen Fraktionen tatsächlich Erlöse in Höhe von 114.021 EUR erzielt werden. Dies entspricht rd. 52 % des Planwertes. So wird aktuell lediglich in der Fraktion „Rigips/Ytong“ mit Erlösen von 3.067 EUR deutlich vom Planwert 10.000 EUR abgewichen.

Aus der Vermarktung von Hartplastik konnten 8.071 EUR Erlöst werden, dies entspricht 50,44 % des Ansatzes von 16.000 EUR. Weitere geringfügige Erlöse wurden für die Verwertung von Bleibatterien in Höhe von 1.683 EUR erzielt.

Die in den Wirtschaftsplan eingestellten Umsatzerlöse in einem Umfang von 9.252.000 EUR gingen zur Jahresmitte in Höhe von 5.225.322 EUR (56,48 %) ein.

Kosten für den Betrieb der Wertstoffsammelstellen und Containerstandplätze

Die Personalkosten der Wertstoffsammelstellen wurden aufgrund der Personalübernahme von den Gemeinden zum Landkreis erstmals direkt von der Abfallwirtschaft ausgezahlt. Die Kosten werden daher nicht mehr wie zuletzt als Aufwandskosten der Sammelstellen, sondern direkt bei den Personalaufwendungen aufgeführt. Bei den verbliebenen Personalkosten in Höhe von 1.245 EUR handelt es sich um Dienstleistungen der Gemeinden für Reinigungs- und Winterdienstleistungen.

Die Pachtzahlungen für die Grundstücke der Wertstoffsammelstellen sind von den Gemeinden zur Jahresmitte mit einem Umfang von 20.109 EUR zu 22,34 % abgerufen. Aufgrund einer Neuregelung der vertraglichen Grundlage, werden die Pachtaufwendungen zukünftig von der Abfallwirt-

schaft zum Ende des Wirtschaftsjahres ausgezahlt. Es ist daher davon auszugehen, dass der Ansatz von 90.000 EUR voll ausgeschöpft wird. Bei den Betriebskosten der Wertstoffsammelstellen ist mit Aufwendungen von 85.320 EUR bereits der volle Ansatz von 78.200 EUR ausgeschöpft. Die erhöhten Aufwendungen resultieren in erster Linie auf sofort umzusetzende Arbeitsschutzmaßnahmen. In den Folgejahren ist daher nicht davon auszugehen, dass weiterhin Aufwendungen in der aktuellen Höhe anfallen werden.

Der Aufwand für die Containerstandplätze ist zum Halbjahr mit einem Aufwand von 37.075 EUR zu 48,78 % erfüllt.

Personalaufwand

In den Halbjahresbericht sind die im ersten Halbjahr ausbezahlten Löhne, Gehälter und Sozialabgaben der Verwaltung in einer Höhe von 344.796 EUR eingeflossen. Die geringe Unterschreitung des Planansatzes (44,72 %) liegt in der fehlenden Auszahlung der jährlichen Sonderzuwendung begründet, die erst in der zweiten Jahreshälfte erfolgt (Weihnachtsgeld).

Erstmals wurden auch die Lohnzahlungen für das Wertstoffsammelstellenpersonal direkt von der Abfallwirtschaft übernommen (s. Hinweis bei Kosten des Wertstoffsammelstellenbetriebes). Es wurden zur Jahresmitte insgesamt Aufwendungen für Lohn und Sozialabgaben in Höhe von 460.647 EUR oder 44,08 % des kalkulierten Jahresaufwandes (1.045.000 EUR) abgerechnet. Auch in diesem Bereich ist aufgrund der ausstehenden Jahressonderzahlung davon auszugehen, dass im Verlauf des Wirtschaftsjahres Aufwendungen in der Größenordnung des Ansatzes anfallen werden.

Abschreibungen

Zur Jahresmitte sind noch keine Abschreibungen gebucht. Die jährlichen Abschreibungen auf vorhandene Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände werden summarisch am Ende des Jahres buchhalterisch erfasst. Im Wirtschaftsjahr 2024 betragen die Abschreibungen 146.188 EUR. Es ist aufgrund von zahlreichen Baumaßnahmen davon auszugehen, dass der Ansatz für 2025 in Höhe von 251.000 EUR zum Jahresende ausgeschöpft wird.

Verwaltungskostenersatz

Als Verwaltungskostenersatz für die Unterstützung durch die Gemeinden ist ein Aufwand von insgesamt 3.000 EUR in den Wirtschaftsplan eingestellt. Diese Kostenerstattung ist dem hoheitlichen Bereich zugewiesen. Auf Basis geänderter vertraglicher Grundlagen, entfällt ab dem Wirtschaftsjahr 2025 die bisher geltende gemeindliche Verwaltungskostenpauschale von jährlich 0,50 EUR/Ew. Erstattungsfähig ist nunmehr lediglich ein Pauschalbetrag von 0,10 EUR pro verkauftem Müllsack. Diese pauschale Verwaltungskostenerstattung kann sinnvollerweise erst zum Ende des Wirtschaftsjahres erfolgen, weshalb zur Jahresmitte noch kein Aufwand berücksichtigt wurde. Es ist auf Grundlage der verkauften Vorjahresmengen davon auszugehen, dass die angesetzten 3.000 Euro zur Auszahlung kommen werden.

Anders verhält es sich mit den Verwaltungskosten, die dem Landkreis erstattet werden. Diese wurden zum 30.06.2025 bereits in voller Höhe für das laufende Wirtschaftsjahr abgerechnet. Der Ansatz von 160.000 EUR wurde bei tatsächlichen Kosten in Höhe von 179.565 EUR deutlich überschritten. Dies ist sowohl auf eine Personalmehrung innerhalb der Verwaltung als auch auf gestiegene Tariflöhne und Beförderungen zurückzuführen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (ohne Verwaltungskostenbeitrag) liegen mit Ausgaben in Höhe von 213.633 EUR bereits bei rund 95 % der geplanten Jahresaufwendungen. Ursächlich für diese unerwartet hohen Kosten sind vermehrten EDV-Wartungskosten, hohe Portokosten für

den Versand der Gebührenbescheide und gestiegene Kosten für Vergabeverfahren. Da es sich hierbei um unregelmäßig anfallende Kosten handelt, ist davon auszugehen, dass diese im nächsten Wirtschaftsjahr niedriger ausfallen werden.

Ergebnisentwicklung

Insgesamt ergibt sich zur Jahresmitte ein Verlust von 866.356,08 EUR. Hauptursache für die verbesserte Situation zum ursprünglichen Ansatz des Wirtschaftsplans (erwartetes Jahresdefizit in Höhe 4.603.500 EUR) ist neben noch fehlenden Abrechnungen für den Betrieb der Wertstoffsammelstellen und unterjähriger Abschreibungen im ersten Halbjahr, vor allem die nach wie vor gute Erlössituation im Bereich der Vermarktung von Papier und Metallschrott. Nach derzeitigem Stand ist davon auszugehen, dass zum Jahresende das im Wirtschaftsplan für das Gesamtjahr prognostizierte Defizit geringer ausfallen wird.

Im Detail lässt sich zu den einzelnen Teilbereichen Folgendes darstellen:

1.2 Gewerblicher Bereich

Die Nebenentgelte und Wertausgleichszahlungen der dualen Systeme wurden von diesen für das erste Halbjahr weitestgehend gemäß den Ansätzen im Wirtschaftsplan entrichtet. So gingen von den veranschlagten Wertausgleichszahlungen in Höhe von 130.000 EUR bereits 49.872 EUR (38,36 %) ein. Von den im Wirtschaftsplan veranschlagten Nebenentgelten in Höhe von 196.000 EUR gingen Zahlungen in einem Umfang von 96.250 EUR ein (49,11 %). Die einzelnen Anteile der Systeme an den Nebenentgelten richten sich nach dem Marktanteil des jeweiligen Systems. Diese Marktanteile werden von der zentralen Stelle verbindlich festgelegt. Die dualen Systeme haben sich, ihrem jeweiligen Anteil entsprechend, an den Systemkosten zu beteiligen.

Die PPK-Mitbenutzungsentgelte für das erste Halbjahr wurden von den dualen Systemen in Höhe von 342.045 (rd. 60 %) erstattet. Der Ansatz im Wirtschaftsplan liegt bei 568.000 EUR. Auf Grundlage der Abstimmungsvereinbarung tragen die dualen Systeme die Kosten für die Miterfassung der Verpackungskartonagen. Die Systeme tragen in diesem Zusammenhang für 33,5 % der gesammelten Papiermenge die Erfassungskosten von rd. 287 EUR/t.

Unser Vertragspartner bei der Papiererfassung nimmt die statistische Erfassung im Rahmen des sog. Mengenstromnachweises vor. Für diese Aufgabe werden dem Partner monatlich festgelegte Erstattungszahlungen geleistet. Die vertraglich fixierte Monatspauschale wurde im ersten Halbjahr vollständig ausbezahlt.

Neben der Kostenpauschale für den Mengenstromnachweis erhält unser Vertragspartner auch eine Handlingspauschale für die Sortierung und Bereitstellung der Systempapiermengen. Der hierfür angesetzte Planansatz von 30.000 EUR wurde im ersten Halbjahr mit 12.589 EUR zu rd. 42 % ausgezahlt.

Die Verwertungserlöse für den Verkauf des gewerblichen Papieranteils liegen mit 109.834 EUR bereits über dem geplanten Jahresansatz von 49.000 EUR (s. Ausführungen zu den Papiererlösen unter Punkt 1.1).

Die Kosten für die Erfassung des gewerblichen Papieranteils liegen mit einem Aufwand von 190.991 EUR bei 45,91 % des kalkulierten Aufwandes von 416.000 EUR. Insgesamt kann für den gewerblichen Bereich zur Jahresmitte ein Überschuss in Höhe von 163.244,86 EUR verzeichnet werden. In den Wirtschaftsplan ist ein Gewinn in Höhe von 128.500 EUR eingestellt.

Falls die Verwertungspreise für Altpapier auch im zweiten Halbjahr auf dem bisherigen Niveau verbleiben, ist zum Jahresende davon auszugehen, dass der im Wirtschaftsplan für das Gesamtjahr prognostizierte Gewinn erreicht werden kann.

1.3 Hoheitlicher Bereich

Die Hausmüllgebühreneinnahmen wurden im ersten Halbjahr in der prognostizierten Höhe verbucht. Die Gebühreneinnahmen von rd. 3.843.018 EUR entsprechen einem Anteil von rund 50 % der veranschlagten gesamten Hausmüllgebühren. Die ausgegebenen Müllsäcke werden von den Gemeinden erst zum Jahresende abgerechnet. Die Gebühreneinnahmen liegen somit im erwarteten Bereich. Zur Deponie Binsberg (DK II) gab es im ersten Halbjahr Anlieferungen in einem Umfang von 138,52 t (Vorjahr 11,91 t). In diesem Zusammenhang wurden Gebühreneinnahmen in Höhe von 31.478 EUR verbucht. Damit ist der Planwert von 3.000 EUR bereits zum Halbjahr deutlich überschritten. An die Deponie Steinegaden (DK I) gab es in der ersten Jahreshälfte Anlieferungen in einem Umfang von 129,52 t (Vorjahr 95,18 t), die zu Gebühreneinnahmen von 20.654 EUR führten. Dies entspricht 55,82 % des Planwertes. Es stehen auf der Aufwandsseite entsprechende Deponierungskosten in Höhe von 41.859 EUR gegenüber.

Die Erlöse aus der Vermarktung von Wertstoffen wurden bereits unter Punkt 1.1 dargestellt.

Für das erste Halbjahr wurde bisher ein Dienstleistungsentgelt in Höhe von 13.405 EUR durch das AVA KU für die Anlieferung von Gewerbemüll zur thermischen Behandlung ausgezahlt. Dies entspricht 46,23 % der geplanten Jahreseinnahmen von 29.000 EUR.

Durch Mahngebühren, Bußgelder und Erstattungen gingen Einnahmen in einem Umfang von 4.981 EUR ein (rd. 25 % des Ansatzes).

An Zinserträgen konnten im ersten Halbjahr 50.446 EUR erzielt werden. Das entspricht 41 % des Ansatzes von 123.000 EUR. Grund hierfür ist, dass die Zinserträge nach den Laufzeiten der verschiedenen Anlagen zu unterschiedlichen Zeitpunkten des Jahres gutgeschrieben werden. Eine unterjährige Abgrenzung wird nicht gebucht. Die für das Wirtschaftsjahr veranschlagten Zinserträge sollten insgesamt eingehen.

Bei den Aufwendungen für die Beschaffung der Müllgefäße und Restmüllsäcke ist der Ansatz von 188.000 EUR bei einem Aufwand von 51.786 EUR zur Jahresmitte zu 27,55 % ausgeschöpft. Nachdem vor allem die Biotonnen in den Sommermonaten stark beansprucht und verschlissen werden, ist von vermehrten Tauschvorgängen in den nächsten Monaten auszugehen. Der Planansatz wird voraussichtlich bis zum Jahresende erreicht werden.

Der Kostenansatz für den Hausmülltransport ist mit 1.629.162 EUR zu 35,85 % ausgeschöpft.

Die Kosten für die Restmüllbehandlung liegen zur Jahresmitte mit einem Aufwand von 949.954 EUR (52,08 %) leicht oberhalb des Planwertes. Dies ist vor allem auf hohe Restmüllanlieferungen zurückzuführen.

Die Verwertungskosten für den Bioabfall liegen mit 738.482 EUR (Ansatz: 1.760.000 EUR) etwas unter dem Soll (41,96 %).

Der Ansatz von 34.000 EUR für die Sperrmüllabholung an den Haushalten ist mit einem Aufwand 23.097 EUR bereits zu 67,93 % erfüllt. Bei den Abholungen der Sperrmüllcontainer an den Wertstoffsammelstellen ist der Ansatz von 305.000 EUR mit Ist-Ausgaben von 156.408 EUR zu 51,28 % erfüllt. Die Sperrmüllabholungen aus Haushalten haben im Vergleich zum Vorjahr deutlich zugenommen (1. Halbjahr 2025: 214 t; Vergleichszeitraum 2024: 147 t). Auch die an den Wertstoffsammelstellen angelieferten Sperrmüllmengen haben im Vergleich zum Vorjahr enorm zugenommen (1. Halbjahr 2024: 1244 t, Vergleichszeitraum Vorjahr: 1.041 t).

Bei der Entsorgung und Verwertung von Problemüll ist bei Aufwendungen in einem Umfang von 123.426 EUR der Planansatz bereits zu 56,36 % erfüllt. Bei der mobilen Problemüllsammmlung fielen bei einem Planansatz von 153.000 EUR für die Sammlung und die Verwertung der Problemabfälle zur Jahresmitte Aufwendungen in Höhe von 94.539 EUR an (61,79 % des Ansatzes). Im Zusammenhang mit der Entsorgung von Nachtspeicherheizgeräten wurde der Ansatz von 34.000 EUR bei einem Aufwand von 13.238 EUR zum Halbjahr zu rund 39 % ausgeschöpft. Bei

der Logistik von Altholz A IV wurde der Ansatz von 32.000 EUR zum Halbjahr mit 15.648 EUR zu rd. 49 % erfüllt.

Für die Logistik des unbehandelten Altholzes ist zur Jahresmitte in diesem Zusammenhang ein Aufwand in Höhe von 77.682 EUR angefallen. Dies entspricht lediglich rd. 27 % des Ansatzes. Der Logistik- und Verwertungsaufwand bei den Wertstoffen von den Wertstoffsammelstellen liegt mit 803.265 EUR bei rd. 43 % des Ansatzes von 1.864.700 EUR.

Kostenpflichtige Sonderaktionen wurden in diesem Jahr noch nicht durchgeführt, weshalb in diesem Zusammenhang auch kein Aufwand angefallen ist. Im November findet die Sammlung von landwirtschaftlichen Folien in Zusammenarbeit mit dem Bayer. Bauernverband statt. Diese Sammelaktion ist zwischenzeitlich kostenneutral für die Abfallwirtschaft, weshalb kein Ansatz im Wirtschaftsplan vorgesehen wurde.

Die Kosten für unerlaubte Ablagerungen sind im ersten Halbjahr deutlich angestiegen. Der Ansatz von 9.200 EUR wurde mit getätigten Ausgaben in Höhe von 17.420 EUR deutlich übertroffen. Da auch in Zukunft mit erhöhten Ausgaben zu rechnen ist, muss der Ansatz im nächsten Wirtschaftsjahr nach oben korrigiert werden.

Der hoheitliche Bereich steht zur Jahresmitte bei einem Defizit von 1.028.932,94 EUR. Das für das gesamte Jahr prognostizierte Defizit von 4.732.000 EUR wird voraussichtlich aufgrund der guten Erlöse aus der Wertstoffvermarktung nicht in geplanter Höhe eintreten.

2. Vermögensplan

In der ersten Jahreshälfte wurden Anlageinvestitionen in Höhe von rund 600.000 EUR für die Sammelstelle Pöttmes getätigt. Im zweiten Halbjahr werden voraussichtlich weitere Investitionskosten in Höhe von rd. 400.000 EUR für die Ertüchtigung der Sammelstellen Aichach, Friedberg und Merching sowie Restkosten der Sammelstelle Pöttmes anfallen. Des Weiteren ist nicht auszuschließen, dass zusätzliche Investitionen für eine geplante interkommunale Sammelstelle in Kissing/Mering entstehen.

Insgesamt ist jedoch davon auszugehen, dass die geplanten Gesamtinvestitionen von 2.565.000 EUR nicht vollumfänglich getätigt werden.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie nimmt den Halbjahresbericht 2025 des Regiebetriebes Kommunale Abfallwirtschaft zur Kenntnis.

Matthias Lesti